

„Kommunalreform Sache des Landtags“

Traktoren mit Transparenten, ein Infostand der Fusionsgegner, ein bis auf den letzten Platz gefülltes Bürgerhaus Maikammer und ein Dutzend Polizeibeamte waren am Montagabend die Kulisse für die Informationsveranstaltung der SPD zur Kommunal- und Verwaltungsreform.

Bereits zu Beginn zeigte sich Diskussionsleiterin Christine Baumann, Landtagsabgeordnete der SPD, bemüht um „Sachlichkeit und Fairness“. Nicht einfach vor den rund 500 Zuhörern, die am Montagabend in der Mehrzahl Gegner der Auflösung der Verbandsgemeinde Maikammer waren.

Immer wieder wurden die Diskussionsbeiträge von Zwischenrufen unterbrochen, die von tosendem Applaus bis hin zu verärgerten Buh-Rufen reichten. Staatsminister Karl Peter Bruch (SPD) verteidigte die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform als alleinige Aufgabe des Landtags: „Das kann uns niemand abnehmen“, das sei die verfassungsrechtliche Zuständigkeit dieses Landesgremiums. Für die Reform führte er die bereits genannten Gründe (die RHEINPFALZ berichtete mehrfach auf der Seite Südwest) Altersstruktur, Finanzsituation, moderner Kommunikationstechniken und eine rückläufige demographische Entwicklung an. Es sei eine Aufgabe, die Rheinland-Pfalz für die nächsten 25 bis 30 Jahre konsolidieren soll.

Theresia Riedmaier (SPD), Landrätin des Kreises Südliche Weinstraße, verwies auf die veränderten Aufgaben der Verbandsgemeinde-Verwaltungen. So seien viele Aufgaben, die bei der letzten Reform vor 40 Jahren dringlich gewesen seien, heute bereits erledigt. Riedmaier erklärte, dass durch die neuen Gebietsstrukturen den Gemeinden „keine Nachteile entstehen“. SPD-Ortsbürgermeisterkandidat Bernhard Blumenstiel kritisierte die Polemik der vergangenen „turbulenten Wochen“. Er prangerte die „Verunglimpfung“ einzelner SPD-Vertreter an und forderte mehr Sachlichkeit in der Diskussion.

CDU-Landtagsabgeordnete Christine Schneider (Edenkoben) kritisierte die fehlende Transparenz der Kommunal- und Verwaltungsreform. „Es ist nicht schlüssig, warum einzelne Verbandsgemeinden auf der Dring-



Mit Traktoren waren einige Befürworter des Erhalts der Verbandsgemeinde Maikammer am Montagabend angeregt, um ihre Haltung deutlich zu machen.

FOTO: HANS-J. MÜLLER

lichkeitsliste auftauchen, andere, auf die die zugrundeliegenden Kriterien ebenfalls zutreffen, jedoch nicht“, sagte Schneider. Zudem forderte sie, dass bei einer „richtigen Reform“ zuerst alles zur Disposition gestellt wer-

Bürgermeister führt erfolgreiche Auftritte für das Land ins Feld.

den müsse und verwies dabei auf die Mittelinstanzen des rheinland-pfälzischen Verwaltungsapparates, die bis jetzt außen vor geblieben seien.

Maikammers Verbandsgemeindebürgermeister Karl Schäfer (CDU) erklärte, dass die bestehende Verwaltung bereits jetzt „mehr als eine Service-Einheit“ sei. Er erinnerte an die

„erfolgreichen Auftritte“ Maikammers als Vertreter des Landes bei der Expo 2000 in Hannover und beim Europäischen Dorferneuerungswettbewerb 2008. Diese zählbaren Erfolge seien eine Folge der guten Arbeit der Verwaltung. Zudem sei man immer im Gespräch mit Edenkoben und Neustadt. Es müsse überlegt werden, ob nicht eine engere Kooperation mit den Nachbarn die Auflösung der Gemeinde verhindern könnte.

Wolfgang Schwarz, Ortsbürgermeister von Hainfeld (SPD), zeigte sich „irritiert“ von der Darstellung der Verbandsgemeinde Edenkoben in der laufenden Diskussion. Als Vertreter der 800-Seelen-Gemeinde finde er immer ein offenes Ohr bei der Verwaltung. Zwar verfüge Edenkoben über 16 Ortsgemeinden, aber er füh-

le sich immer „voll vertreten“.

Dieter Ziegler (CDU), ehemaliger rheinland-pfälzischer Landwirtschaftsminister, kritisierte, dass die Landesregierung statt vorher mit den anderen Landtagsfraktionen zu sprechen direkt mit der Dringlichkeitsliste an die Öffentlichkeit gegangen sei. Volker Stephan von der Bürgerinitiative gegen die Auflösung von Maikammer hob die hohe Effizienz der Verwaltung hervor. Die drohende Fusion sei „aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht unbedingt nachvollziehbar“. Alfons Hagenbacher (Bürgerliste) forderte die Parteien auf, sich an einen Tisch zu setzen und die Gründe für und wider zu diskutieren. Dann müsse eine geeignete Weg gefunden werden.

Bruch stellte abschließend fest,

ZITIERT

„Demokratie darf nicht so weit gehen, dass in der Familie darüber abgestimmt wird, wer der Vater ist.“

Dieter Ziegler, ehemaliger rheinland-pfälzischer Landwirtschaftsminister und Bürgermeister von Maikammer, zitiert Ex-Bundeskanzler Willy Brandt.

„Veränderungen muss man gestalten.“

Theresia Riedmaier, Landrätin des Kreises Südliche Weinstraße.

„Die Freiwilligenphase gibt es, weil wir nicht einfach von oben bestimmen wollten.“

Staatsminister Karl Peter Bruch

„Wir sind fit für Europa, jetzt sollen wir nicht fit für Rheinland-Pfalz sein?“

Maikammers Verbandsbürgermeister Karl Schäfer. (jmr)

dass „noch weitere Gemeinden auf die Liste kommen werden“. Er unterstrich seine Absicht, mit der Verbandsgemeinde Maikammer zusammenarbeiten zu wollen. Er bot einen runden Tisch an, an dem weitere Gespräche stattfinden könnten.

Schwierigkeiten hatte die Landtagsabgeordnete Christine Baumann, als sie nach rund zweieinhalb Stunden die Versammlung auflösen wollte. Die Anwesenden forderten eine Verlängerung der Diskussion. Erst nach einem weiteren Schlagabtausch zwischen Schäfer und Riedmaier sowie einigen kurzen Wortbeiträgen endete die Veranstaltung. Die Diskussionen gingen außerhalb des Bürgerhauses weiter, was die vielen kleinen Gruppen in der Marktstraße verdeutlichte. (jmr) **KOMMENTAR**

KOMMENTAR

Keine Zeit für Emotionen

VON MAREK SCHWÖBEL

Die Kontrahenten in Sachen Kommunalreform müssen schnell auf eine sachliche Ebene kommen.

In Maikammer kocht die Volksseele. Die frühe Erklärung der Gemeinde-SPD für Edenkoben als Fusionspartner hat einen tiefen Graben zwischen der Lager der Befürworter und Gegner gerissen. Dass genau die Politiker, die sich im Hinblick auf anstehende Wahlen einen kleinen Vorsprung versprochen haben, jetzt im Visier der Gegner stehen, ist nachvollziehbar. Dennoch gehen diese Anfeindungen zu weit. Gestern Abend wurde das deutlich, als Christine Baumann die Abwesenheit des Landtagsabgeordneten Alexander Schweitzer entschuldigen wollte. Ihre weiteren Worte gingen im Pfeif- und Buh-Konzert unter. Erst als sich die Geräuschkulisse beruhigt hatte, wurden die familiären Günde klar – Schweitzer war am Montag Vater geworden. Was folgte, war lauter Applaus. Diese Emotionalität in der Ause-

nersetzung mit einem so wichtigen Thema wie der Kommunalreform ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv. Die Kontrahenten müssen schnell auf eine sachliche Ebene kommen, in der detaillierte Argumente ausgetauscht werden. Maikammer hat seine Hausaufgaben im Vorfeld der Reform gemacht, wird auch nicht so unvorbereitet getroffen, wie einige Volksvertreter es vermitteln möchten. Aber eins muss klar sein: Es müssen nachvollziehbare Gründe für einen Fortbestand der Verbandsgemeinde gefunden werden. Die Landesspitze wird keine Ausnahmen zulassen, denn das würde einen Präzedenzfall schaffen, der weitere Fusionen im Land zusätzlich erschweren würde. Und am Ende der Freiwilligkeitsphase 2012 entscheidet der Landtag über säumige Kandidaten. Die Zeit drängt.

Gelbes Licht hilft beim Sparen

FORST: Rat diskutiert über Austausch bei Straßenlaternen

In mehreren Orten der Verbandsgemeinde Deidesheim werden zurzeit die Glühbirnen der Straßenlampen ausgetauscht. Die neue Straßenbeleuchtung im nächtlichen Forst hat für einige Verblüffung gesorgt und auch für eine Diskussion im Ortsgemeinderat, denn sie erstrahlt seit kurzem in gelbem Licht statt im gewohnten Weiß.

Grund hierfür: Die alten Birnen wurden von den Pfalzwerken anlässlich einer Routinewartung der Straßenlaternen durch Energiesparlampen ersetzt. Die Pfalzwerke hatten diese Maßnahme der Gemeinde kurzfristig angeboten, um der neuen EU-Verordnung zur Energieeffizienz gerecht zu werden.

Dieser „Überraschungseffekt“ hat im Gemeinderat die Diskussion um das Erscheinungsbild der Denkmalzone in der Forster Dorfstraße angestoßen. Gelbes Licht verändere die Wahrnehmung und sei markant für die nächsten Jahre, wurden Stimmen laut. Auch wäre man gerne vorher gefragt worden. Bürgermeister Hans

Spindler verwies auf die Einsparung von zehn Prozent Energiekosten pro Jahr durch die neuen Birnen. Er habe bei seiner Entscheidung für diese Energiesparvariante für sechs Euro pro Stück nicht diese „Tragweite“ gesehen. Man könne auf Wunsch den alten Zustand wieder herstellen, schlug er dem Rat vor, nicht ohne den „Vorfüreffekt“ des neuen Lichtes als Entscheidungshilfe zu begründen. Die eingesetzten Systeme, die es nur in Gelb gebe, seien eine elegante, aber zeitlich begrenzte Lösung, um die Jahre bis 2015 zu überbrücken, wenn der Handel mit Quecksilberdampflampen nicht mehr erlaubt sei, erläuterten Vertreter der Pfalzwerke dem Rat.

Auch Verbandsgemeindebürgermeisterin Marion Magin meinte, dies sei „die günstigste Lösung, bis 2015 Energie einzusparen“. Bei einem Kostenaufwand von rund 500 Euro spare die Gemeinde Forst 800 Euro pro Jahr. Bei jährlichen Stromkosten von über 8000 Euro für die Straßenbeleuchtung amortisiere sich diese Ausgabe innerhalb von sie-

ben Monaten. Auf Dauer zwingt die EU-Verordnung ohnehin zu neuen Energiesparsystemen. Das bedeutet für die Gemeinde Forst, dass ab 2015 die 110 Straßenlaternen umgerüstet oder ersetzt werden müssen. Denn der Großteil sei über zehn Jahre alt. Neue Leuchten sparten 40 Prozent Energie. Auf die Gemeinde kommen also in sechs Jahren erhebliche Investitionen für die Umrüstung zu, bei Kosten für eine neue Leuchte um 500 Euro. Die Auswahl an Lampentypen, die nach EU-Vorgaben in Frage kommen, sei derzeit noch begrenzt, mit Nachteilen für Straßenleuchten wie zur starke Wärmeentwicklung bei LED-Licht. Das gelbe Licht der Natriumdampfhochdruck-Lampen hingegen ziehe keine nachtaktiven Insekten an, erläuterten die Techniker der Pfalzwerke.

Die neuen gelben Leuchten sollen jedenfalls vorerst bleiben, war sich der Rat einig, und wenn der Neukauf anstehe, könne man erwartungsgemäß von technischen Weiterentwicklungen profitieren, ... jedoch nicht ohne Ankündigung! (piw)

Steuereinnahmen wieder von den Umlagen geschluckt

LAMBRECHT: Stadt muss sich für Investitionen weiter verschulden – Doppelhaushalt gegen Stimmen der SPD verabschiedet

Die SPD-Fraktion im Lambrechter Stadtrat lehnte bei der Ratssitzung am Montag den Doppelhaushalt 2009/10 ab. Als Begründung führte Günther Semmlinger an, dass die Kosten für die geplante Erweiterung des kommunalen Kindergartens und den Umbau der evangelischen Kindertagesstätte nicht im Haushalt enthalten seien.

Der Hinweis von Stadtbürgermeister Michael Stöhr (CDU), dass die Höhe der Kosten bei der Erstellung des Haushalts noch unklar gewesen sei, auch jetzt noch nicht endgültig feststehe und dass die Vorhaben in den ohnehin fälligen Nachtragshaushalt aufgenommen werden sollen, konnte die SPD nicht von ihrem Vorhaben abbringen.

Stöhr betonte, dass das Minus im Ergebnishaushalt, das für 2009 mit knapp 822.000 Euro und für 2010 mit rund 801.000 Euro ausgewiesen sei, nicht mit den Defiziten in den bisherigen Haushalten verglichen wer-

den könne, da der Haushalt erstmals nach den Regeln der Doppik aufgestellt wurde und hier teils andere Positionen zu berücksichtigen seien.

Im Ergebnishaushalt sind für 2009 Erträge von rund 4,55 Millionen Euro und für 2010 von rund 4,39 Millionen Euro ausgewiesen. Fast die Hälfte dieser Beträge sind Steuereinnahmen, in diesem Jahr rund 2,52 Millionen Euro und im kommenden Jahr rund 2,44 Millionen Euro. An zweiter Stelle stehen mit rund 973.000 Euro 2009 und rund 903.000 Euro 2010 Zuweisungen. Rund 410.000 Euro sind in beiden Jahren an Einnahmen aus Vermietungen und Verpachtungen, Holzverkauf und ähnlichem eingeplant.

Bei den Aufwendungen zeigt sich, dass fast die gesamten Steuereinnahmen der Stadt für Umlagen an Kreis und Verbandsgemeinde und ähnliches ausgegeben werden müssen, in diesem Jahr rund 2,41 Millionen Euro und im kommenden Jahr 2,42 Millionen Euro. An Personalkosten,

einschließlich Rückstellungen für Pensionen und ähnliches, fallen 2009 rund 624.000 Euro und 2010 rund 619.000 Euro an. Die Ausgaben für sogenannte Sach- und Dienstleistungen betragen 2009 rund 1,133 Millionen Euro und 2010 rund 983.000 Euro. In diesem Betrag sind beispielsweise Energiekosten für öffentliche Gebäude, die Stadtsanierung, die Kosten für den Unterhalt von Straßen und Gebäuden und ähnliches enthalten. Die Aufwendungen für Abschreibungen sind in beiden Jahren mit rund 531.000 Euro veranschlagt. Mit rund 521.000 Euro in diesem Jahr und rund 529.000 Euro im kommenden Jahr sind die Ausgaben für Zinsen deutlich höher als bisher. Die wurden bisher teils über den Haushalt der Verbandsgemeinde abgerechnet, im Gegenzug die Verbandsgemeinde-Umlage um fünf Prozent reduziert.

Statt Schulden abzubauen, müsse man neue machen, um die Investitionen zu finanzieren, bedauerte Stöhr.

Ende des Jahres werden sich die Schulden auf rund 6,545 Millionen Euro belaufen.

Trotz der Finanzmisere müsse das Leben weitergehen, sagte der Beigeordnete Heinz Lorenz (CDU), der die geplanten Investitionen vorstellte (wir berichteten am Montag). Die auf dem ehemaligen Minigolfplatz beim Gemeinschaftshaus geplante Bikerservicestation mit Wohnmobil-Stellplatz sei „eine tolle Sache“ für die Stadt, so Stöhr. Auch eine Bouleanlage sei dort vorgesehen. Diese tauche im Haushalt aber nicht auf, da sie in Eigenleistung errichtet werden solle, ergänzte Lorenz.

Die geplanten Investitionen seien notwendig, teils sogar überfällig, betonte Karl-Günter Müller (FWG). Der Haushalt enthalte keine überflüssigen Ausgaben, und die Höhe der Aufwendungen sei von der Stadt kaum zu beeinflussen. Irmgard Karrer (CDU) erneuerte ihre Forderung nach einem Finanzausgleich zugunsten der Kommunen. (ann)

EINWURF

Wahlkampfzeit

VON ANNEGRET RIES

Der Haushalt einer Kommune ist ein Finanzrahmen, bei dem es immer wieder Änderungen gibt. Die meisten Kommunen müssen aufgrund von Forderungen der Aufsichtsbehörde ohnehin einen Nachtragshaushalt aufstellen. Das weiß auch die Lambrechter SPD, und wenn nicht gerade Wahlkampf wäre, hätte sie sich wahrscheinlich nicht daran gestört, dass die geplanten Investitionen bei zwei Kindergärten nicht im Haushaltsplan auftauchen. Doch kurz vor der Kommunalwahl wollte die SPD-Opposition dem nicht einfach so zustimmen. Da man anscheinend im Haushalt keinen Punkt fand, kritisierte man das, was nicht enthalten war.

LAND-MAGAZIN

Schwelbrand noch rechtzeitig entdeckt

ESTHAL. Die Esthaler Feuerwehr musste am Wochenende gleich zweimal ausrücken: einmal wegen eines Schwelbrandes und einmal wegen eines Wasserschadens. Kurz nach 23 Uhr drang Rauch aus dem Dachgeschoß und der Zwischendecke im zweiten Obgeschoß eines Wohnhauses in der Kirchstraße. Mit der Drehleiter der mitalarmierten Feuerwehr Lambrecht wurden an mehreren Stellen Dachziegel abgedeckt. Auch im Inneren des Gebäudes konnte die genaue Schadensstelle nicht gefunden werden. Mit einer Wärmebildkamera der Feuerwehr Neustadt, die mit zwei Mann vor Ort war, konnte die Stelle ausgemacht werden. Hinter einem mit Holz und mit Dämmmaterial verkleidetem Kaminrohr hatte sich ein kleiner Schwelbrand ausgebreitet. Die Verkleidung wurde entfernt, Glutnester abgetragen. Das Wohnhaus wurde dann mit einem Lüfter wieder rauchfrei gemacht. Es entstand nur geringer Sachschaden. Durch das schnelle Eingreifen der Wehren konnte Schlimmeres verhindert werden. Zuvor hatte die Feuerwehr schon ausrücken müssen, weil in einem Wohnhaus in der Gartenstraße mehrere Zimmer und Kellerräume unter Wasser standen. Mit dem vom Förderverein angeschafften Wassersauger wurden die Räume wieder trocken gelegt. (ff)

Arbeiten an Bundesstraße Ampeln regeln Verkehr

NEIDENFELS. Zwei Gründe gibt es in dieser Woche für vorübergehende Sperrungen auf der Bundesstraße 39 zwischen Lambrecht und Neidenfels: Darauf weist das Verkehrsreferat im Kreishaus Bad Dürkheim hin. Zeitweise Sperrungen von Fahrbahn und Gehweg sind bis 3. April wegen Arbeiten an der Eisenbahnbrücke westlich von Lambrecht nötig. Der Verkehr wird über eine mobile Ampel geregelt. Bei Neidenfels wird die B 39 am 2. und 3. April mehrfach kurzzeitig gesperrt. Grund sind nach Mitteilung des Verkehrsreferats im Kreishaus Bad Dürkheim Baumfällarbeiten. Auch dort wird der Verkehr über Ampeln geregelt. (ff)

„Postbote des Kreishauses“ ist im Ruhestand

BAD DÜRKHEIM/WEIDENTHAL. Als das Dutzend Jahre voll war nahm er seinen Abschied. Bis dahin sah man Günther Hänsel (63) täglich in den Fluren des Kreishauses Bad Dürkheim, wo er die Post verteilte. Landrätin Sabine Röhl verabschiedete den Weidenthaler in den Ruhestand; nun kann er sich wieder mehr seinem Hobby, dem Radfahren, widmen. Der verheiratete Vater von drei Kindern hatte in Neustadt die Berufsschule absolviert und eine Lehre als Bauschlosser abgeschlossen. Sein Beruf führte ihn danach zu Arbeitsstellen in Frankenthal und Mannheim. Hänsel wurde 1969 Kraftfahrer bei einer Firma in Weidenthal. Anfang 1997 wechselte er in die Kreisverwaltung Bad Dürkheim. (rhp)

Gemeinde informiert über Kandidatur für den Rat

FORST. Die Gemeinde Forst sucht neue Mitglieder für den Ortsgemeinderat. Denn nach der Kommunalwahl im Juni werden sich einige ältere Ratsmitglieder nach langjähriger Mitarbeit verabschieden. Auf Wunsch einiger Bürger veranstaltet die Gemeinde einen Informationsabend für interessierte Nachfolger. Bürgermeister Hans Spindler und einige Gemeinderatsmitglieder werden für Fragen zur Verfügung stehen, welche Voraussetzungen für eine Kandidatur erfüllt sein müssen und wie man sich zur Wahl stellen kann. Termin: Donnerstag, 2. April, um 19.30 Uhr im Gemeindehaus. (piw)

AUS DEN GEMEINDEN

VERBANDSGEMEINDE DEIDESHEIM

Kolpingfamilie Deidesheim. Heute, Mittwoch, ab 20 Uhr, Bastelabend für Palmwedel in der Kolpingstube.

Katholische öffentliche Bücherei Neidenfels. Die Bücherei macht Osterferien: letzter Öffnungstag vor den Ferien ist heute, 1. April.

VERBANDSGEMEINDE LAMBRECHT

VHS -Theaterfahrt. Am Freitag, 24. April fährt die Volkshochschule Lambrecht zur Aufführung des Kultmusicals „Hair“ ins Pfälztheater Kaiserslautern. Zu dieser Theaterfahrt, die per Bus um 18 Uhr ab Parkplatz Wiesenstraße, Lambrecht erfolgt, sind noch Plätze frei. Auskunft und Anmeldung unter Telefon 06325 181112 bei der Volkshochschule.